

CVP Graubünden
PCD Grischun
PDC Grigioni



Medienmitteilung vom 27. April 2017

CVP Graubünden sagt Ja zum Energiegesetz und macht Schule zum Kernthema

Die CVP Graubünden sagt klar JA zum Energiegesetz, über welches am 21. Mai abgestimmt wird. Zudem macht die Bündner Zentrumspartei nach der Raumplanung die Schule zum Kernthema im Jahr 2017.

Über 100 Delegierte, Mitglieder und Sympathisanten trafen sich am Mittwochabend, 26. April, in Tomils/Tumegl zur Delegiertenversammlung der CVP Graubünden. Parteipräsident und Ständerat **Stefan Engler** zeigte sich sichtlich erfreut, über die zahlreichen Anwesenden im Domleschg. Er betonte einleitend, dass die CVP als wahre Volkspartei aktiv Themen aufgreifen und setzen müsse, welche die Menschen beschäftigen. Deshalb habe die CVP an ihrer letzten Delegiertenversammlung die Raumplanung ins Zentrum gestellt, welche die Siedlungsentwicklung im Kanton und in den Gemeinden in den nächsten 20 Jahren vorgibt. An dieser Delegiertenversammlung thematisierte die CVP die Schule, welche die Grundlagen und Voraussetzungen für eine gute Entwicklung der Jungen mitgeben sollte. Zuvor habe man zu darauf vertraut, dass die Experten Fragen der Bildung und der Raumplanung selbst entscheiden sollten. Die Politik muss aber die Richtung vorgeben, weshalb sich die CVP vermehrt derartigen Themen annehmen wird. So wird Gegenstand einer der nächsten Delegiertenversammlungen der Strukturwandel im Berggebiet sein.

Der Präsident der CVP Domleschg, **Albert Camiu**, begrüßte die Delegierten im Namen der Kreispartei und stellte «seine» Gemeinde, die fusionierte Gemeinde Domleschg, kurz vor. Anschliessend fassten die Delegierten der CVP Graubünden die Parole für die Abstimmung vom 21. Mai 2017. Der Emser CVP-Grossrat **Theo Joss** stellte die Energiestrategie 2050 vor. Der Experte auf diesem Gebiet zeigte auf, was die Ziele der Vorlage seien: die Energiewende als langfristiges Ziel und der Ausstieg aus der Atomkraft. Die Energiestrategie führe zu einer Effizienz im Energiebereich, zum Ausbau von erneuerbaren Energien, zum Ausstieg der Schweiz aus der Atomkraft und zur Förderung der Wasserkraft. Gerade für die arg gebeutelte Wasserkraft sei die Vorlage besonders wichtig. **Theo Joos** brachte es auf den Punkt: «Wer für die Wasserkraft ist, sagt Ja zur Energiestrategie 2050, wer dagegen ist und dieser Schaden will, sagt Nein.» In einem Contra-Referat führte der ehemalige Direktor der Engadiner Kraftwerke, **Peter Molinari**, die Argumente gegen die Energiestrategie an. Er führte aus, dass die Vorlage zu keiner Verbesserung der CO₂-Bilanz führe, einen ineffizienten Mitteleinsatz darstelle und zum Import von fossil produziertem Strom führe. Der Bündner Energiedirektor **Mario Cavigelli** ergriff das Wort und zeigte auf, was ein Nein zur Vorlage bedeute. Insbesondere wäre es dann zwar rechtlich möglich, neue Kernkraftwerke zu bauen. Aus betriebswirtschaftlichen Gründen würde dies aber niemand mehr tun, womit die Kritik

der Atomlobby kaum verständlich ist. Die Delegierten fassten in einer schriftlichen Abstimmung mit 57 zu 9, bei 4 Enthaltungen, klar die JA-Parole zur Energiestrategie.

Cornelia Märchy-Caduff, Grossrätin und Präsidentin der grossrätlichen Bildungs- und Kulturkommission, stellte den Lehrplan 21 vor. Dieser wird voraussichtlich ab dem Schuljahr 2018/19 in Graubünden eingeführt. Das Ziel des Lehrplans sei, das Bildungswesen überkantonale zu harmonisieren und zu koordinieren. Als Verbundaufgabe von Kanton und Gemeinden hätten diese neu, die Kompetenzen der Schüler zu fördern. Bei der sogenannten Kompetenzorientierung geht es vor allem darum, Wissen zu erlangen, um das Wollen und Können des Lernens und vor allem um die Anwendung des Wissens. «Die Schüler müssen über Wissen verfügen und bereit sein, dieses auch anzuwenden», fasste **Cornelia Märchy-Caduff** die Ziele der Kompetenzorientierung zusammen. Der neue Lehrplan beinhalte einerseits neue Fächer wie Medien und Informatik oder berufliche Orientierung. Andererseits habe man den Lehrplan auf die Bündner Verhältnisse, namentlich bei den Sprachen, angepasst. Zusammenfassend zeigte sich **Cornelia Märchy-Caduff** überzeugt, dass der Lehrplan 21 ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung sei und Unterstützung verdiene.

In der anschliessenden Podiumsdiskussion unter der Leitung des Chefredaktors des «Bündner Tagblatt» **Luzi Bürkli** waren dann auch kritische Stimmen zu hören. So meinte **Marlies Klesse** vom Komitee gute Schule, dass der Lehrplan zu viele Kompetenzen beinhalte und unübersichtlich sei. **Christoph Jäger**, ebenfalls vom Komitee für gute Schule, meinte, dass die Bevölkerung über den Systemwechsel, der mit dem Lehrplan 21 verbunden sei, abzustimmen habe. Der Grosse Rat müsse zudem die Rahmenbedingungen enger vorgeben. **Elita Florin-Caluori**, Grossrätin und Gemeindepräsidentin von Bonaduz, zeigte sich demgegenüber überzeugt, dass es richtig sei, wenn die Regierung den Lehrplan beschliesse. Alles andere wäre eine Einmischung der Politik in das operative Tagesgeschäft, was entschieden zu weit gehe. Und wie bereits **Cornelia Märchy-Caduff** einleitend festhielt, sei die Kompetenz zum Erlass des Lehrplans in allen beteiligten Kantonen – bis auf das Wallis – bei der Regierung. Schliesslich führte **Erika Sigrist**, ebenfalls Befürworterin des Lehrplans 21 und Vizepräsidentin des LEGR, aus, dass dieser ermögliche, auf die Anliegen der Schüler einzugehen. «Der Lehrplan 21 ist eine gute Sache und führt endlich zur notwendigen Harmonisierung im Bildungswesen.»

Für weitere Auskünfte stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung:

Stefan Engler, Ständerat und Präsident der CVP Graubünden, Tel. 079 400 30 25

Reto Crameri, Grossrat, Tel. 079 727 15 68